

ROT UND GRÜN LEUGNEN MITVERANTWORTUNG

## Koalition geht Endlager-Frage entschlossen an

„Unabhängig vom Atomkonsens müssen wir den Atommüll aus Frankreich und England zurücknehmen. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Transporte sind gegeben. Und deshalb gibt es für Grüne keinen Grund, gegen diese Transporte zu demonstrieren.“ Mit diesen Worten wandte sich der damalige Bundesumweltminister Trittin im Januar 2001 an seine grünen Parteifreunde – Schwarz auf Weiß. Doch heute würde er seine damalige Haltung am liebsten vergessen machen. Denn am vergangenen Wochenende tummelte sich die vereinte Spitze der Grünen im Wendland, um die – teils gewalttätigen – Demonstranten gegen den Castor-Transport moralisch zu unterstützen. Einige Grünen-Politiker hatten im Vorfeld der Demonstrationen sogar zu Straftaten aufgerufen.

### CDU und CSU zeigen Verantwortung für Deutschland

Dieses unverantwortliche und unwürdige Verhalten der Opposition war am Mittwoch Gegenstand einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages. Redner von CDU, CSU und FDP hoben dabei hervor, dass die Bundesregierung einzig und allein ihrer Verantwortung für Deutschland nachkomme, wenn sie die Bedingungen für den Bau eines Endlagers erkunden lässt. Rot und Grün hatten dagegen ihre Regierungspflicht vernachlässigt und stattdessen für einen zehn Jahre währenden Stillstand bei der Endlager-Erkundung gesorgt. Unter dem geschichtsfälschenden Hinweis auf die Verantwortung der christlich-liberalen Regierung unter Helmut Kohl hatte sie sich geweigert, die unausweichlich notwendige Suche nach einem geeigneten Lager voranzutreiben.

Dabei verschwiegen die Sozialdemokraten jedoch die Tatsache, dass mit dem Bau sämtlicher in Deutschland betriebener Kraftwerke zwischen 1970 und 1982 begonnen worden war. Die politische Verantwortung für den Bau liegt daher bei den SPD-geführten Regierungen Brandt und Schmidt. CDU und CSU könnten sich daher mit größerer Berechtigung zurücklehnen und der Endlager-Frage ausweichen. Im Gegensatz dazu bemüht sich die christlich-liberale Koalition ernsthaft um die Lösung vorhandener Probleme – ganz gleich wer sie verursacht hat, und einzig und allein im Interesse unseres Landes.

### SPD und Grüne verleugnen eigene Verantwortung

Bundesinnenminister Thomas de Maizière wies dem Linksbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei eine Mitverantwortung an den gewalttätigen Ausschreitungen vom Wochenende zu: „Eine Opposition und Demonstranten haben politisch nicht das Recht, gegen eine demokratische Entscheidung zum zivilen Ungehorsam aufzurufen.“ Innenminister de Maizière kritisierte auch die Sozialdemokraten, deren Parteichef Gabriel die „neue Qualität“ des Widerstandes gelobt hatte. „Eine solche Anerkennung ist unerhört“, so de Maizière. „Die Polizei muss und sollte von allen in Schutz genommen werden, wo immer sie politisch stehen.“

ERSTKLASSIGE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

## Preissenkungen entlasten Patienten

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am Freitag die gesetzlichen Grundlagen für die Gesundheitsreform der christlich-liberalen Koalition. Die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP trafen damit zukunftsweisende Entscheidungen zur Stabilisierung des deutschen Gesundheitssystems. Denn angesichts der steigenden Lebenserwartung und steigender Gesundheitskosten drohte für 2011 ein Defizit der Krankenkassen von neun Milliarden Euro. Um es nicht so weit kommen zu lassen, setzte die Koalition wichtige Veränderungen der Finanzierung des Gesundheitssystems durch. Leistungskürzungen gibt es allerdings nicht; auch die beitragsfreie Familienversicherung bleibt unverändert erhalten.

Vielmehr werden Leistungserbringer, Arbeitgeber, gesetzliche Krankenkassen, deren Mitglieder und alle Steuerzahler an einem fairen Paket zur Stabilisierung des Gesundheitssystems beteiligt. Ein Teil dieses Maßnahmenbündels ist etwa die Rückkehr zum vor der Wirtschaftskrise gültigen Krankenversicherungs-Beitragssatz. Mit 15,5 Prozent wird er 2011 wieder auf das Niveau von Anfang 2009 gebracht. Der Beitrag war zwischenzeitlich abgesenkt worden. Damit hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine wichtige Grundlage für die weltweit beachtete Krisenfestigkeit des deutschen Arbeitsmarkts gelegt.

### Pharma-Industrie bei Preissetzung eingeschränkt

Einsparungen im Gesundheitssystem werden neue Regeln mit sich bringen, die die Möglichkeiten der Arzneimittelhersteller bei der Preissetzung für ihre Produkte deutlich einschränken. Davon profitieren alle Versicherten, da sich aus diesem Schritt Einsparungen der Krankenkassen auf der Ausgabenseite ergeben. Bisher waren die Pharma-Hersteller in der Preisgestaltung für neu auf den Markt kommende Medikamente vollkommen frei. Künftig wird jede neue Arznei einer Nutzenbewertung unterzogen, die für die Preisbildung maßgeblich sein wird. Arzneimittel, die im Vergleich zu bereits verfügbaren Medikamenten keinen Zusatznutzen aufweisen, dürfen nicht mehr kosten als diese. Doch auch wenn das neue Medikament einen nachweislich höheren Nutzen erzielt, bleibt es künftig nicht bei dem vom Pharma-Unternehmen selbst festgelegten Preis. Vielmehr muss der Hersteller in Preisverhandlungen eintreten. Notfalls legt eine Schiedsstelle den Preis fest.

### Unabhängige Beratung der Patienten ermöglicht

Den Wettbewerb im Gesundheitssystem erhöht die Koalition auch durch die Einführung eines Systems der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung. Der Bund der Krankenkassen muss künftig eigenständige Stellen unterstützen, die die Patienten beraten und Probleme im Arzneimittelmarkt aufdecken. Gleichzeitig erhöhte die Regierung die Zwangsrabatte der Pharma-Unternehmen. So gilt bereits seit August ein um zehn Prozent auf nun 16 Prozent erhöhter Rabatt. Damit die Arzneimittelhersteller den erhöhten Zwangsrabatt nicht durch Preiserhöhungen ausgleichen, wurden Preiserhöhungen von August 2010 bis Dezember 2013 verboten. Alleine dadurch werden 2011 und 2012 jeweils 1,15 Milliarden Euro gespart.